

Inhalt der Sitzung vom 17.09.2007

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.07.2007 gefassten Beschlüsse

Zu Beginn der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 23.07.2007

- a) einem Antrag auf Stundung von Gewerbesteuerrückständen stattgegeben-
- b) die Veräußerung eines Grundstücks im Gewerbegebiet „Nord-West“ abgelehnt hat.

TOP Ö2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ – Satzungsbeschlüsse

Zur rechtlich einwandfreien Würdigung der Artenschutzproblematik wurde eine 2. förmliche Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchgeführt. Dabei konnten nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Bebauungsplanentwurfs (einschließlich Umweltbericht und Grünordnungsplan) und des Entwurfs der örtlichen Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ Stellungnahmen abgegeben werden.

Von Seiten der Öffentlichkeit ist eine Stellungnahme eingegangen, die sich auf den Artenschutz bezieht. Die vorgesehen Ausgleichsflächen werden als ungeeignet bezeichnet und als Alternativplanung wird die Ausweisung eines Naturschutzgebiets südlich des „Bruchhäuser Wegs“ vorgeschlagen.

Der Artenschutz und die notwendigen Ausgleichsflächen wurden von den zuständigen Fachbehörden als „den gesetzlichen Vorgaben entsprechend behandelt“ eingestuft. Die Voraussetzungen für die Ausweisung eines Naturschutzgebiets des bereits seit Jahrzehnten als Wohnbaufläche ausgewiesenen Bereiches werden nicht erfüllt.

Von Behördenseite gingen Stellungnahmen des Rhein-Neckar-Kreises, Baurechtsamt und der Naturschutzbehörde, ein. Ebenso von der Höheren Naturschutzbehörde beim Regierungspräsidium.

Der Gemeinderat nahm die Stellungnahmen zur Kenntnis, die keinen Anlass zu einer weiteren Planungsentwurfsergänzung oder -änderung gaben.

Die im April 2007 an den Landtag von Baden-Württemberg gerichtete Petition wegen Missachtung des Artenschutzes bei der Baulandentwicklung „Bruchhäuser Weg“ durch die Gemeinde Plankstadt hat das laufende Verfahren nicht gestoppt. Die inzwischen vorliegende Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums an den Petitionsausschuss des Landtages läuft auf eine Ablehnung der Petition hinaus, weil die Überarbeitung der Artenschutzproblematik mit der anschließenden erneuten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung dem Anliegen des Petenten entgegenkommt.

GRätin Jutta Schuster (CDU) stimmte für die CDU-Fraktion der Vorlage zu. Es seien nun die Voraussetzungen geschaffen, dass man die weiteren Schritte zu der Baulanderschließung auf den Weg bringen könne.

GRat Gerhard Waldecker (PL) konnte sich dieser Aussage vollinhaltlich anschließen.

GRat Werner Engelhardt (SPD) befand ebenfalls, dass ausreichend diskutiert und die notwendigen gesetzlichen Vorgaben berücksichtigt worden seien.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) stellte in Frage, ob die Belange des Gemeinwohls richtig definiert seien. Er kam dabei zu einem anderen Ergebnis.

Bei einer Enthaltung von GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) fasste der Gemeinderat die beiden Satzungsbeschlüsse, die bereits im letzten Gemeindemitteilungsblatt Nr. 38 vom 20. September 2007 veröffentlicht wurden.

TOP Ö3 Baulanderschließung „Bruchhäuser Weg“ – Vergabe von Planungsleistungen für Freianlagen

Im Zuge der Erschließung des Baugebietes „Bruchhäuser Weg“ sind die im Bebauungsplanentwurf dargestellten öffentlichen Grünflächen, zwei Spielplätze (in der Gebietsmitte und Bahnstraße) sowie ein Ballspielplatz im nördlichen Randbereich herzustellen.

Entsprechende Haushaltsmittel sind 2007 bereits eingestellt bzw. in der Finanzplanung im Jahr 2008 vorgesehen.

GRätin Schuster (CDU) fragte an, ob die ausführende Firma auch mit der Planung beauftragt werden könne?

BAL Boxheimer entgegnete, dass dies grundsätzlich möglich sei, jedoch gebe es keine unentgeltlichen Planungsleistungen. Die Fa. IUS Weisser & Ness sei bisher mit der gesamten Grünordnungsplanung befasst gewesen. Es biete sich daher an, den Auftrag für die Planungsleistungen an diese zu vergeben.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) sprach sich dafür aus, ein zweites Angebot einzuholen und verschiedene Spielplätze in der Umgebung vor Ort zu besichtigen.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) vertrat die Meinung, dass keine „blinde Auftragsvergabe“ erfolgen sollte.

BAL Boxheimer erklärte, dass der Vorentwurf im Ausschuss für Umwelt-, Technik und Bauangelegenheiten beraten werde. Wenn gewünscht, könnten auch zwei Varianten erstellt werden. Den Kostenanteil des Vorentwurfs bezifferte er auf rund 8 % der Planungskosten. Eine schnelle und auch eine gute Lösung werde gesucht. Die bisherigen Planungsleistungen hätten überzeugt. Der Baubeginn könne, abhängig von der Wetterlage, voraussichtlich im kommenden Frühjahr erfolgen.

GRat Werner Engelhardt (SPD) konnte die Bedenken der Vorredner nicht teilen. Es lägen ansprechende Unterlagen der Fa. IUS vor. Im Namen der SPD-Fraktion stimmte er der Vorlage zu.

Auch GRat Hohl (GLP) bestätigte der Fa. IUS ihre fachliche Kompetenz. Er zeigte sich erfreut, dass der Haushaltsantrag der GLP endlich in die Tat umgesetzt werde.

Bürgermeister Huckele schlug eine Vertagung des Beschlusses vor.

Mit der Beauftragung bis zur Entwurfsphase und der Einholung von zwei Angeboten war das Ratsgremium mehrheitlich einverstanden.

TOP Ö4 Bildung von zwei Abrechnungseinheiten zur Ermittlung der Erschließungskosten für das Baugebiet „Bruchhäuser Weg“

Gemäß § 37 Absatz 3 des Kommunalabgabengesetzes können die beitragsfähigen Erschließungskosten für mehrere erstmals herzustellenden Anbaustraßen, die eine städtebaulich zweckmäßige Erschließung des Baugebiets ermöglichen und miteinander verbunden sind, zusammengefasst ermittelt werden.

Die Abrechnungseinheit „Bruchhäuser Weg-Nord“ soll durch die erstmals herzustellenden Anbaustraßen und die dazugehörigen Stichwege der Bgm.-Werner-Weick-Straße, der Willy-Brandt-Straße und der Bgm.-Georg-Baust-Straße gebildet werden. Die Abrechnungseinheit „Bruchhäuser Weg-Süd“ soll durch die erstmals herzustellende Anbaustraße und die dazugehörigen Stichwege des Konrad-Adenauer-Ringes gebildet werden.

Bürgermeister Huckele hielt die Beschlussfassung aus Gründen der Rechtssicherheit bei der Erschließungsbeitragserhebung für notwendig.

GRat Gerhard Waldecker (PL) fragte an, ob dadurch unterschiedliche Erschließungskosten für beide Abrechnungseinheiten zu erwarten seien.

RAL Kroiher bejahte dies, wenngleich keine gravierenden Unterschiede zu erwarten seien.

GRat Gerhard Waldecker (PL) sah hierin eine Ungleichbehandlung, die ihm nicht plausibel erscheine.

Bürgermeister Huckele versicherte, dass die Bildung von zwei Abrechnungseinheiten von RAL Kroiher mit der

Gemeindeprüfungsanstalt abgesprochen wurde.

Ungeachtet dessen, forderten GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) und GRat Stephan Verclas (PL) die Vorlage einer rechtsverbindlichen schriftlichen Bestätigung.

Die Beschlussfassung wurde vertagt.

TOP Ö5 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen

Am 21.05.2007 wurde die Erschließungsbeitragsatzung neu beschlossen. Hiernach sind Kinderspielplätze beitragspflichtig. Der derzeitige Gemeindeanteil bei Kinderspielplätzen beträgt gemäß dem Vorschlag der Mustersatzung 20 Prozent. Demnächst sollen drei Kinderspielplätze (einer in der Bahnstraße und zwei im Neubaugebiet Bruchhäuser Weg) errichtet werden. Damit Grundstücke von einem Kinderspielplatz als erschlossen angesehen werden können, dürfen sie mit ihrem nächstliegenden Punkt nicht weiter als 200 m Luftlinie von der Anlage entfernt sein.

Durch die Neuanlegung des Spielplatzes in der Bahnstraße will man insbesondere die Angrenzer außerhalb des Neubaugebiets nicht mit Beiträgen belasten. Da die Kosten für Kinderspielplätze in den Jahren 1987 bis 30.09.2005 nicht auf die angrenzenden Grundstücke umgelegt werden durften, in der Bahnstraße früher schon ein Spielplatz vorhanden war, andere Spielplätze wegfielen und die Gemeinde teilweise hierfür entschädigt wurde, schlug die Verwaltung vor, die Satzung mit der Absicht einer Beitragsfreistellung von Kinderspielplätzen zu ändern.

Bei einer Enthaltung von GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) wurde die Neufassung der Erschließungsbeitragsatzung beschlossen. Die Satzung wurde im Gemeindemitteilungsblatt Nr. 38 vom 20.09.2007 bereits veröffentlicht.

TOP Ö6 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Siedlung – 2. Änderung – Teilbereich Max-Reger-Straße/Blumenau“

- Änderungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeits-/Behördenbeteiligung

Der Ausschuss für Umwelt-, Technik und Bauangelegenheiten hat sich in mehreren Sitzungen intensiv mit verschiedenen Planentwurfvarianten des von den Eheleuten Suck beauftragten Architekturbüros Mehrer befasst. Mehrheitlich haben sich die Ausschussmitglieder auf die folgende weitere Bebauungsmöglichkeit im Gebiet „Siedlung“ geeinigt:

In der Max-Reger-Straße 6 bis 14 sollen auf 7 Grundstücken Baufenster für die Errichtung von 4 Doppelhaushälften mit jeweils einem seitlich angeordneten Stellplatz (Carport oder Garage) und einem Stellplatz im Vorgartenbereich sowie 3 Reihenhäuser mit einem seitlich der beiden Endhäuser angeordneten Stellplatz (Carport oder Garage) und jeweils einem Stellplatz im Vorgartenbereich und einem Stellplatz auf einem nordöstlich gelegenen separaten Grundstück entstehen.

In der Straße Blumenau 2 und 2a soll die Errichtung von 2 Doppelhaushälften mit seitlich angeordneten Stellplätzen (Carport, Garage) ermöglicht werden.

Die im Bebauungsplan „Siedlung“ derzeit ausgewiesenen Wohnhauserweiterungsflächen auf den Grundstücken im Brühler Weg 101 bis 107 werden im Rahmen dieser Nachverdichtungsplanung herausgenommen, um zukünftige Konflikte mit den Abstandsflächen auszuschließen.

Bezüglich der Zulässigkeit von Nebengebäuden auf den privaten Grünflächen der sehr tiefen Grundstücke im Rosental – Westseite (Zone A) macht die Verwaltung aufgrund zahlreicher Nachfragen und vereinzelt bereits vorgenommener Einrichtungen folgenden Ergänzungsvorschlag: Im Bereich der Zone A – Rosental – West ist auf der privaten Grünfläche eine Nebenanlage je Grundstück mit einer Grundfläche von maximal 7 m² und einer Höhe von maximal 3 m zulässig.

GRat Andreas Berger (CDU) verwies auf die Beratungen im zuständigen Ausschuss. Die geplanten Maßnahmen erachtete er als sinnvoll und anschaulich.

GRat Gerhard Waldecker (PL) war nach einem Vor-Ort-Termin der Meinung, dass die Bebauung im Teilbereich Max-Reger-Straße zu massiv ausfallen werde und als Folge auf der betr. Straßenseite öffentliche Stellplätze wegfallen würden.

GRat Dieter Schneider (SPD) beantragte Einzelabstimmung und sah im Teilbereich Blumenau eine starke zusätzliche Verdichtung.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) bedauerte, dass keine Umweltprüfung erfolge und war der Meinung, dass die in den letzten Jahren stattgefundene Verdichtung schon über dem üblichen Maß liege und eine weitere Bebauung von Gartenflächen in der Siedlung nicht mehr zu rechtfertigen sei.

Bei der anschließenden Abstimmung beschloss der Gemeinderat bei 4 Gegenstimmen (SPD-Fraktion (3) und GRat Hohl (GLP)) die 2. Änderung des Bebauungsplanes „Siedlung - Teilbereich Blumenau 2 und 2a“ im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung und die 2. Änderung der Satzung über die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Siedlung – Teilbereich Blumenau“.

Mehrheitlich – bei 6 Gegenstimmen von GRätin Wacker (SPD), der PL-Fraktion (4) und GRat Hohl (GLP) – stimmte das Ratsgremium der gleichen Vorgehensweise für den Teilbereich Max-Reger-Straße 6 bis 14 zu.

Bei einer Enthaltung von GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) wurde auch dem Ergänzungsvorschlag für den Teilbereich Rosental – West zugestimmt.

Die Planentwürfe wurden gebilligt und der Bürgermeister mit dem Abschluss des Städtebaulichen Vertrages mit den Eheleuten Inge und Heinz Suck beauftragt.

TOP Ö7 Bauantrag des Herrn Nicola Orlando zum Neubau eines Zweifamilienwohnhauses mit zwei Stellplätzen auf dem Grundstück Flst.Nr. 3773, Am Ungersgarten 40

Das Ratsgremium versagte einstimmig das Einvernehmen zum oben angeführten Bauantrag.

TOP Ö8 Antrag der Frau Maren Molitor zur Ablösung der Stellplatzverpflichtung im Zusammenhang mit der Errichtung von Praxisräumen auf dem Grundstück Flst.Nr. 4737/15

Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

Top Ö9 Sanierung der Friedhofshalle – Auftragsvergabe Außenputzarbeiten

Die Friedhofshalle wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten in Bauabschnitten einer grundlegenden Sanierung unterzogen. Verschiedene Renovierungsarbeiten sind bereits abgeschlossen. Der lose und abbröckelnde Außenputz macht eine grundlegende Fassadensanierung notwendig. Die Verputzarbeiten wurden ausgeschrieben. Nach rechnerischer Prüfung war die Fa. Heußler aus Ketsch die Bieterin mit dem wirtschaftlichsten Angebot. Der Gemeinderat beschloss daher einstimmig, die Auftragsvergabe zur Sanierung des Außenputzes an der Friedhofshalle an die Fa. Heußler zum Angebotspreis von 31.790,85 € zu vergeben.

Top Ö 10 Anbau von genmanipulierten Pflanzen auf verpachtetem Gelände

Die GLP hat bei ihren Haushaltsanträgen für das Jahr 2007 ein genmaisfreies Plankstadt durch Verbot des Anbaus genmanipulierter Pflanzen auf Gemeindegrundstücken mit Aufnahme eines Passus in den Pachtverträgen der

Gemeinde beantragt. Obwohl dies kein haushaltsrelevanter Antrag war und als solcher nicht zu behandeln gewesen wäre, kam man im Gremium mehrheitlich überein, weiteren kompetenten Rat einzuholen, um eine entsprechende Vorlage, die ein Verbot des Anbaus von genmanipulierten Pflanzen auf Gemeindegrundstücken vorsieht, zu erarbeiten. Der Vorstand des Ortsbauernverbandes und GRat Hans-Peter Helmling hatte bereits damals darauf hingewiesen, dass von Seiten der örtlichen Landwirte kein Anbau von genmanipuliertem Mais vorgesehen sei.

Die Freisetzungsrichtlinie der EU vom 12.03.2001 und das Gentechnikgesetz der Bundesrepublik vom 04.02.2005 sehen vor, dass unter bestimmten Voraussetzungen Lebens- und Futtermittel auch mit gentechnischen Organismen erzeugt werden können.

Eine Stellungnahme des Kreisbauernverbandes Rhein-Neckar, Auszüge der Koexistenzversuche 2006 und 2007 des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums in Rheinstetten und aktuell ein Schreiben des Naturschutzbundes (NABU) lagen dem Gremium zur Kenntnisnahme vor.

In der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Umwelt-, Technik und Bauangelegenheiten am 06.08.2007 wurde diese Thematik behandelt. Die Ausschussmitglieder der CDU, PL und SPD waren sich darin einig, die Entwicklung auf Bundes- und Europaebene abzuwarten. Da der Ausschuss aber nicht beschlussfähig ist, bestand Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) auf einer Behandlung und Beschlussfassung im Gemeinderatsgremium.

GRat Hans-Peter Helmling (CDU) verwies auf den bereits im UTB-Ausschuss vertretenen Standpunkt seiner Fraktion, dass man die gesetzlichen Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene abwarten solle. Zudem hätten die örtlichen Landwirte nicht die Absicht, genmanipulierte Pflanzen anzubauen. Er sah in der Sache vielmehr einen „Profilierungsversuch“ der GLP.

GRat Fredi Engelhardt (PL) war auch der Auffassung, dass man die Entwicklung abwarten solle, allein schon aufgrund der Tatsache, dass die Abstandsflächen noch nicht geregelt seien.

GRat Dieter Schneider (SPD) meinte, dass die Entwicklung auf diesem Sektor noch lange nicht abgeschlossen sei und gegenwärtig im Ungewissen liegt.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) hielt Rechtssicherheit für wichtig. Dossenheimer Landwirte hätten z. B. freiwillige Verzichtserklärungen auf Anbau von Genpflanzen abgegeben. Die GLP wollte mit der Initiative „ein Zeichen setzen“.

Bei einer Gegenstimme von GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) lehnte der Gemeinderat zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Aufnahme eines Verbots von genmanipulierten Pflanzen durch Ergänzung der bestehenden bzw. beim Neuabschluss von Pachtverträgen für gemeindeeigene Grundstücke ab.

Top Ö 11 Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Gemeinde erhielt Spenden von Mitarbeitern der Firma AstraZeneca für das Ferienprogramm (2.600,- Euro), von Schülern und Eltern der Humboldtschule für die Tour Ginkgo (1.052,- Euro), von den Vereinen Chorgemeinschaft, Hausfrauen, KKS und Landfrauen für die Notgemeinschaft (2.360,30 Euro) und eine Sachspende der Firma Getränke-Service Streck GmbH für die Tour Ginkgo (160,65 Euro).

Zur Annahme der Spenden ist nach § 78 Abs. 4 GemO die Genehmigung des Gemeinderates erforderlich.

GRat Karl Schleich (CDU) zeigte sich insbesondere über das Engagement der Humboldtschule und der Vereine erfreut.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) hatte noch Klärungsbedarf bezüglich der Spende der Fa. AstraZeneca. Seine

Bedenken konnten aber ausgeräumt werden.

GRätin Gaby Wacker (SPD) sprach den Spendern ebenfalls ihren Dank aus.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) lobte insbesondere die Spendenbereitschaft von einem großen Personenkreis.

Die Annahme der Spenden wurde somit vom Ratsgremium einstimmig genehmigt.

Top Ö 12 Rechnungsergebnisse der Abwasserbeseitigung – Ausgleich von Kostenüber-/ - unterdeckungen der Jahre 2002 bis 2006

Nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes sind Kostenüberdeckungen innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen; während Kostenunterdeckungen in diesem Zeitraum ausgeglichen werden können.

Gemäß Gemeinderatsbeschluss – TOP Ö 3 – vom 18.09.2006 beträgt die Gesamtunterdeckung bei der Abwasserbeseitigung für die Jahre 2002 bis 2005 € 480.378:

2002: 106.503 € Unterdeckung (wird mit Gewinn 2006 verrechnet)

2003: - €

2004: 22.079 € Unterdeckung (wird mit Gewinn 2006 verrechnet)

2005: 351.796 € Unterdeckung (wird anteilig i.H.v. 118.255 € mit dem Gewinn verrechnet).

Hiernach ergibt sich eine verbleibende Gesamtunterdeckung (Verlustvortrag) aus dem Jahr 2005 von 233.541 €.

Die Sprecher der einzelnen Gemeinderatsfraktionen zeigten sich von den positiven Rechnungsergebnissen durchweg erfreut. Einstimmig wurde beschlossen, den Gewinn von 246.837 € im Jahr 2006 wie o. a. mit den Verlustvorträgen zu verrechnen. Die verbleibende Gesamtunterdeckung aus dem Jahr 2005 wird mit 233.541 € in die Folgejahre vorgetragen.

Top Ö 13 Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2006 und der Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2006

Nach § 95 Abs. 2 der GemO sind die Ergebnisse der Jahresrechnung 2006 und der Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung 2006 vom Gemeinderat festzustellen:

Verwaltungshaushalt

Einnahmen und Ausgaben: 19.117.530,18 Euro

Zuführung an den Vermögenshaushalt: 3.785.850,62 Euro

Vermögenshaushalt

Einnahmen und Ausgaben: 5.135.367,47 Euro

Zuführung an die allgemeine Rücklage: 3.988.277,95 Euro

Abdeckung des Fehlbetrags aus dem Jahr 2005: 239.629,24 Euro

Vermögensrechnung

Gesamtsumme: 39.290.096,32 Euro

Schulden: 4.825.480,18 Euro

Gemeindewasserversorgung
Jahresgewinn: 20.458,34 Euro
Bilanzsumme: 1.556.863,26 Euro

Die darüber hinaus zu fassenden Beschlüsse (Abdeckung des Fehlbetrags aus dem Jahr 2005, Zustimmung zu den über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben, Verzicht auf die Abführung einer Konzessionsabgabe und die Verwendung des Jahresgewinns zur Abdeckung des Verlustvortrags sowie den Vortrag des verbleibenden Verlust in das Wirtschaftsjahr 2007) sind den Ziffern 1 bis 4 auf Seite 3 der Rechenschaftsberichts zu entnehmen. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2006 sowie die Bilanz der Gemeindewasserversorgung zum 31.12.2006 wurden bereits im Gemeindemitteilungsblatt Nr. 38 vom 20.09.2007 veröffentlicht.

Bürgermeister Wolfgang Huckele gab nähere Erläuterungen zu den Haushaltszahlen. Erfreulich sei die deutliche Zuführung an den Vermögenshaushalt, die insbesondere dank höherer Einnahmen bei der Gewerbesteuer zustande kam. Der Fehlbetrag aus dem Jahr 2005 in Höhe von 239.629,24 Euro konnte abgedeckt werden. Die planmäßige Schuldentilgung und die Kassenliquidität waren gewährleistet. Der Schuldenstand liege unter dem Kreisdurchschnitt. Aufgrund von Festgeldanlagen konnten Zinseinnahmen in Höhe von rund 35.000 Euro erzielt werden. Ein Großteil der auf über 4,2 Mio. Euro angewachsenen Rücklage werde zur Finanzierung des Haushalts 2007 notwendig. Der Nachtragsplan sei bei der Kämmerei bereits in Arbeit. Auf lange Sicht müsse man damit rechnen, dass es sich um die letzte große Gewerbesteuereinnahme handle, jedoch seien ihm, so Bürgermeister Wolfgang Huckele, „berechenbare feststehende Schlüsselzuweisungen lieber als unsichere hohe Gewerbesteuereinnahmen“.

Bei der Gemeindewasserversorgung werde der o. a. Jahresgewinn mit dem Verlustvortrag verrechnet. Der Wasserbezug sei um rund 60.000 m³ zurückgegangen. Die Wasserverluste liegen mit 12,1 % über dem Durchschnitt der letzten Jahre (10,5 %). Im Wirtschaftsplan 2008 sei deshalb ein Ansatz für die Untersuchung des Wassernetzes auf evtl. unentdeckte Rohrbrüche eingeplant.

GRätin Jutta Schuster (CDU) sagte, dass der Rechenschaftsbericht die Vermutung zulasse, dass eine gute Gesamtsituation in Plankstadt vorliege. Dies sei aber nur auf die unerwartet hohen Gewerbesteuereinnahmen zurückzuführen. Im Prinzip würden vielmehr die Grundstückserlöse den Haushalt decken. Die schlechten Deckungsgrade der öffentlichen Einrichtungen (z. B. Grillhütte) seien auffallend. Die aktuelle Haushaltssituation lasse sicherlich Begehrlichkeiten aufkommen, doch der „Schein trüge“. Es sei ein deutlicher Einnahmeneinbruch im laufenden und im nächsten Jahr zu erwarten. Zu beachten sei weiterhin der relativ hohe Schuldenstand. Einsparpotenziale seien kaum vorhanden und Mehreinnahmen nur über die „Gebührenschaube“ zu erzielen. Die Werksrechnung der Gemeindewasserversorgung sei positiv zu beurteilen, wenngleich auch der Verlustvortrag in die Folgejahre nicht erfreulich sei.

Mit dem Dank an den Kämmerer, gab sie die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Vorlage.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) hielt die momentane Finanzlage für einen „rein temporären Effekt“, der auch mit Grundstücksverkäufen und Investitionsverzicht erzielt worden sei. Somit müsse der Ausblick auf die nächsten Jahre zur Resignation führen. Er fragte nach, ob es Anhaltspunkte für die hohen Wasserverluste gebe. Bürgermeister Wolfgang Huckele antwortete, dass es sich wahrscheinlich um nicht entdeckte Rohrbrüche handle. Die Fraktion der Plankstadter Liste stimmte der Vorlage zu.

GRat Dieter Schneider (SPD) äußerte die Befürchtung, dass der letzte positive Rechenschaftsbericht für die nächsten Jahre vorliege. Die Mittel aus der allgemeinen Rücklage werden für die Jahre 2007/2008 dringend gebraucht. An eine Erhöhung der Kostendeckungsgrade müsse man sensibel herangehen. Die Wasserverluste bezeichnete er als gravierend. Die Überprüfung des Rohrnetzes hielt er für sinnvoll, man spare damit zukünftig

Geld. Es gelte weiterhin die Devise „Schmalhans ist Küchenmeister“. Die SPD-Fraktion stimmte der Vorlage zu. GRat Ulf-Udo Hohl meinte, dass das Ergebnis unterm Strich gefallen könne, allerdings handle es sich wohl nur um ein „Strohfeuer“. Positiv sei zu vermerken, dass kaum Kassenkredite in Anspruch genommen werden mussten. Kein Problem sah er auch bei den Personalkosten. Die Einkommenssteueranteile lägen nunmehr wieder auf dem Stand von 2003.

Die Wasserverluste seien im Vergleich zu Schwetzingen und Mannheim bedenklich hoch.

Mit einem Lob für die ausgezeichnete Darstellung der Zahlen und Fakten im Rechenschaftsbericht und der Werksrechnung, stimmte er der Vorlage für die GLP-Fraktion zu.

Top Ö 14 Bekanntgaben, Anfragen

1. Absperrungen Parkplätze Blumenhof/Rosenhof

GRat Andreas Wolf (CDU) wollte wissen, ob und wann die Absperrplanken der privaten Parkplätze im o. a. Bereich entfernt werden.

BAL Boxheimer antwortete, dass andere Mittel eingesetzt werden sollen, um die Stellflächen, die sich im Besitz der Fa. Bauland! Butsch befinden, einzuzäunen. Wann diese Maßnahme erfolgen wird, könne er allerdings nicht sagen.

2. Krippenplätze für unter 3-jährige Kinder

GRätin Gaby Wacker (SPD) fragte nach dem aktuellen Sachstand in dieser Angelegenheit. Bürgermeister Wolfgang Huckele antwortete, dass dies ein Thema der Besprechung mit den Verantwortlichen der örtlichen 3 Kindergärten am 01.10. sei.

GRätin Jutta Schuster (CDU) sagte hierzu, dass nach ihrem Kenntnisstand, die zur Verfügung stehenden 10 Krippenplätze schon belegt seien, womit feststehe, dass eindeutig ein größerer Bedarf bestehe.

3. Asphalt-Ablagerungen im Neubaugebiet Gässeläcker

GRätin Gaby Wacker (SPD) erkundigte sich nach dem neuesten Sachstand.

BAL Boxheimer stellte hierzu fest, dass ein Verursacher noch nicht feststehe, es gebe jedoch Vermutungen.

4. Herabstufung der Eisenbahnstraße

GRätin Gaby Wacker (SPD) fragte an, ob inzwischen Gespräche mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe geführt wurden.

Bürgermeister Wolfgang Huckele verneinte dies. Die Hinzuziehung der Gemeinde sei bisher nur versprochen worden.

BAL Boxheimer geht nach wie vor davon aus, dass erst nach vollständiger Herstellung der B535 (voraussichtlich in den Jahren 2010 bis 2012) eine diesbezügliche Entscheidung getroffen werde.

5. Erwerb eines Geschwindigkeitsanzeigergerätes

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) fragte nach, ab wann ein entsprechendes Gerät der Gemeinde zur Verfügung stehe.

Bürgermeister Wolfgang Huckele teilte mit, dass Angebote eingeholt seien und der Erwerb in Kürze erfolge.

6. Neue Rathaustür

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) erkundigte sich nach dem Sachstand bezüglich der Beschaffung einer neuen Rathauseingangstür.

Bürgermeister Wolfgang Huckele entgegnete, dass dieser Punkt zurückgestellt sei, zumal die alte Tür noch funktionstüchtig sei.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) wollte diesen Punkt dennoch auf die Agenda gesetzt haben.

7. Zukunft der Firma AstraZeneca

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) wollte wissen, ob der Bürgermeister über die laufenden Geschehnisse informiert sei.

Bürgermeister Wolfgang Huckele teilte hierzu mit, dass beim letzten Gespräch als Zeitpunkt für eine Verkaufsentscheidung Ende September genannt wurde.

8. Schließung der Gaststätte „Feldwanz“

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) bedauerte, dass eine weitere Traditions-Gaststätte geschlossen habe und fragte nach dem Grund der Betriebsaufgabe. Er regte an, die Problematik im Arbeitskreis Gemeindeförderung zu thematisieren.

Bürgermeister Wolfgang Huckele äußerte hierzu, dass die Gründe für die Schließungen im privaten Bereich lägen.

9. UTB-Ausschuss Konzept „Adler“

GRätin Jutta Schuster (CDU) hielt die Aufnahme des Punktes Konzept „Adler“ in der nächsten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Umwelt-, Technik und Bau-angelegenheiten für erforderlich.

Bürgermeister Wolfgang Huckele war der Meinung, dass die Behandlung unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgen könne.

10. Schulgelände Humboldtschule

GRat Gerhard Waldecker (PL) zeigte sich mit den an den Gebäuden der Humboldtschule durchgeführten Grünschnittarbeiten sehr zufrieden und sprach der ausführenden Firma Simianer aus Plankstadt ein großes Lob aus.

11. Beantragung von Mitteln aus dem Ausgleichsstock

GRat Gerhard Waldecker (PL) fragte, ob die Gemeinde Mittel aus dem Ausgleichsstock beantragt habe, da Bewilligungen an kreisangehörige Gemeinden von rund 3,7 Mio. Euro vorlägen. Bürgermeister Wolfgang Huckele erwiderte, dass bisher eine Mittelbeantragung aufgrund der Finanzkraft der Gemeinde und fehlenden Investitionsmaßnahmen nicht erfolgte.

Ergänzend teilte RAL Kroihner mit, dass die Gemeinde im Rahmen der Projektförderung „Sportstätten“ 20.500,- Euro erhalten habe.